

## Politikfähigkeit bewiesen

**Der 120. Deutsche Ärztetag hat wichtige Entscheidungen zur neuen Gebührenordnung und zur Novellierung der (Muster-)Weiterbildungsordnung getroffen.**



Horst Schumacher,  
Chefredakteur

Foto: Jochen Rolfes

**D**er 120. Deutsche Ärztetag Ende Mai in Freiburg verlief unspektakulär – und war dennoch für die Ärzteschaft von großer Bedeutung. Sie hat sich im Wahljahr gesundheitspolitisch klar positioniert. Zu den zentralen Forderungen gehören eine Stärkung der Freiberuflichkeit und der Selbstverwaltung. Hinzu kommt eine klare Absage an die Einheitsversicherung. Die Zerschlagung des bewährten dualen Systems aus Gesetzlicher Krankenversicherung und Privater Krankenversicherung zu Gunsten der von ihren Befürwortern so genannten Bürgerversicherung würde zu Qualitätseinbrüchen in der Gesundheitsversorgung führen, so das klare Signal des Deutschen Ärztetages (siehe auch Seiten 14 f.).

Auch vor diesem Hintergrund ist eine Novelle der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) unverzichtbar, wie sie der Ärztetag nun vorangetrieben hat. Ärzteschaft und privat Versicherte leiden unter dem völlig veralteten Leistungsverzeichnis, das Missverständnisse und Rechtsunsicherheiten provoziert. Daraus entstehende Konflikte oder gar Rechtsstreitigkeiten belasten das Arzt-Patient-Verhältnis unnötigerweise. Dass dies ein unhaltbarer Zustand ist, sehen auch die Beihilfestellen so. Das ist deshalb so wichtig, weil jede GOÄ-Novelle letztlich die Hürde des Bundesrates nehmen, also die Zustimmung der Bundesländer finden muss (Seiten 18 f.).

Auch die neue, kompetenzbasierte (Muster-)Weiterbildungsordnung (MWBO) hat der Freiburger Ärztetag ein gutes Stück vorgebracht. Die Kernfrage soll künftig nicht mehr lauten, „wie oft“ und „in welcher Zeit“ Inhalte erbracht werden, sondern „wie“, in welcher Form, Kenntnisse, Erfahrungen und Fertigkeiten erlernt werden. Der Ärztetag hat nun den sogenannten Abschnitt B der MWBO mit den Facharzt- und den Schwerpunktbezeichnungen beschlossen und setzt darauf, dass die Arbeiten im kommenden Jahr abgeschlossen werden können (Seite 20).

Während sich die Debatten Deutscher Ärztetage über viele Jahre hinweg auf die Telematik-Infrastruktur konzentriert hatten, stand diesmal die Digitalisierung des Gesundheitswesens im umfassenden Sinne zur Debatte – von der Gesundheits-App über die Telemedizin bis hin zur Auswertung von Massendaten. Bei der Abwägung von Chancen und Risiken wurde deutlich, dass bei diesem Thema die Mitgestaltung unter Wahrung ethischer Standards der richtige Ansatz für die Ärzteschaft ist.

Die nordrheinischen Delegierten haben einige Anträge gemeinsam gestellt, die der Ärztetag beschlossen hat (Seiten 15 f.). Was die Kolleginnen und Kollegen ganz persönlich beim Ärztetag bewegt hat, wird in der Delegiertenumfrage des Rheinischen Ärzteblattes deutlich (Seiten 21 ff.). **RA**